

GRÜNE / ÖDP im Bezirkstag Schwaben

Haushaltsrede 2013

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Gäste,

wir verabschieden heute den Haushalt für das Jahr 2014. Ein von Jahr zu Jahr umfangreicheres Zahlenwerk, welches vom Kämmerer sorgfältig aufbereitet zur Entscheidung vorliegt, mit einer Steigerung der Kosten in Höhe von 41 Mio.

Vorab wollen wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung in den unterschiedlichsten Bereichen und Funktionen für die stets gute Zusammenarbeit bedanken. Ebenso bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kommunalunternehmen und wir bitten Sie, diesen Dank weiterzugeben.

Ein besonderer Dank gebührt heute Ihnen, Herr Liebert, für die Vorbereitung des Haushalts 2014 und die dazu erteilten Auskünfte.

Beim **Haushalt 2014** stechen zwei Posten hervor, über die wir keine Einigung erzielen können:

Mehr als zwei Millionen für ein Süddeutsches Schützenkompetenzzentrum. Keine reine Verlagerung eines schwäbischen Schützenmuseums, sondern eine Begegnungsstätte der bayerischen Schützen mit Schießstand. In unseren Augen eine Fehlsteuerung und ein Fremdkörper mitten im Bauernhofmuseum. Wir waren von Anfang an dagegen und tragen diese Ausgaben nicht mit!

Daneben 200.000 € für einen überdimensionierten Parkplatz in Oberschönenfeld. Ein Parkplatz den man dreimal im Jahr braucht und der zusätzlich Verkehr in den Naturpark Westliche Wälder lockt, statt auf schonenden Tourismus und Naherholung zu setzen.

Unsere BesucherInnen sind Stammklientel. Sie wissen, dass man dort nicht parken kann.

Zitat von der Homepage des Schwäbischen Volkskundemuseums Oberschönenfeld:

„Die Anreise durch den Naturpark Westliche Wälder ist besonders für eine kombinierte Bahnreise mit kleiner Wanderung bzw. Sammeltaxi und für Radfahrer attraktiv – durch ein breites Netz an Wander- und Radwegen ist Oberschönenfeld auch ohne PKW gut erreichbar.“

Mit nur einem Bruchteil des Geldes hätten wir allen Kindern und Jugendlichen freien Eintritt in die Bezirksmuseen gewährt. Investitionen in des Deutschen liebstes Kind scheinen wichtiger als Investitionen in die künftigen Besucher unserer Museen, in die Köpfe unserer Kinder! Ich würde Parkplatzgebühren verlangen statt die Museumseintrittspreise erhöhen!

Da macht es auch nicht wett, dass unser Anliegen Ladestationen für Elektrofahrzeuge und E-Bikes einzurichten, vom BTP und Kämmerer dankenswerterweise vorangetrieben wurden und nun zur Umsetzung gelangen.

Der Bezirksausschuss schlägt mehrheitlich eine **Senkung der Bezirksumlage** um einen Punkt vor. Wir plädieren für eine Absenkung um 0,8 Punkte, wie ursprünglich vom Kämmerer vorgeschlagen.

Die Möglichkeit, überhaupt zu senken, entsteht durch die Steigerung der Umlagekraft (38 Mio), die Sie heute komplett den Kommunen lassen. Das ist für den Bezirk viel Geld, um seine originären Aufgaben zu erfüllen. Schauen wir uns die Entwicklung der Sozialausgaben an, so können wir daran ablesen, wie viel an zusätzlichen Kosten die kommenden Jahre auf uns zukommt. Allein im Bereich der Hilfe zur Pflege haben wir einen Haushaltsansatz von 98,5 Mio veranschlagt, 6 Mio mehr als im letzten Jahr.

Auch wir sind dafür, den Kommunen möglichst viel Geld zur Selbstverwaltung zu belassen. Mittelfristig gedacht, machen wir uns jedoch etwas vor: eine steigende Last von Sozialausgaben. Fehlende Umsteuerung von stationär auf ambulant. Fehlende Konzepte zur Sozialwohnraumversorgung der Zukunft.

Und last but not least: die anstehende Sanierung unserer bezirkseigenen - auch der denkmalgeschützten - Gebäude. Hierfür gibt es Zuschüsse über KfW-Förderprogramme, um unsere Gebäude energetisch zu ertüchtigen und das historische Erbe zu bewahren!

Die Untersuchungen laufen derzeit und schon im nächsten Haushalt werden wir Mittel wahrscheinlich in dem Umfang oder höher einzustellen haben, wie Sie nun die Bezirksumlage zusätzlich senken wollen. *Ein Sanierungsstau indes, bedeutet versteckte Schulden!*

Auch die FAG-Mittel sind uns nicht in dem Maße zugeflossen wie erwartet (nur 5 Mio statt 15 Mio).

Und sehen wir uns den Armutsbericht an, so lässt sich ablesen, dass die Bezirke auch künftig hohe Risiken zu tragen haben. Der Sozialbericht 2013 zeigt, dass jeder fünfte Mensch armutsgefährdet ist. Unter den 55jährigen bis 64jährigen stieg die Quote von 17,7 % im Jahr 2007 auf 20,5 % im Jahr 2011. Was sich daraus für die Zukunft ableiten lässt, ist wohl jedermann klar.

Mehreinnahmen wie in 2013 (6 Millionen, insbesondere aus Renten) sind wohl kaum mehr zu erwarten.

Wir sollten uns nicht zum Spielball so mancher Kommunalpolitiker machen lassen, die meinen, die Bezirksumlage sei ein für sie verlorenes Posten. Ihre Zuwendungen fließen direkt in Einrichtungen. Sie kommen den Bedürftigen in jeder einzelnen Kommune zugute!

Den größten Einzelposten stellt mit über 22 Millionen Euro die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung dar. Sie umfasst u.a. die Frühförderung und heilpädagogische Hilfen für Kinder und Jugendliche, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, ambulant betreutes Wohnen oder auch Hilfen zur Teilhabe am Leben der Gemeinschaft (Gebärdendolmetscher).

Ein erheblicher Teil der Bezirksumlage fließt somit in Form von Hilfen in die Kommunen zurück.

Positiv auf den Haushalt des Bezirks wirkt sich die Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aus (10,9 Mio). Davon profitieren wiederum die kommunalen Haushalte, da nur dies eine Absenkung des Hebesatzes für die Bezirksumlage ermöglichen kann.

Weitere Entlastungen des Bezirks und der Kommunen kann es mit der im Koalitionsvertrag angekündigten Ausgestaltung des Bundesteilhabegesetzes geben. Damit wäre u.a. eine höhere Beteiligung des Bundes für Leistungen für Menschen mit Behinderung, die über die Sozialhilfe

hinausgehen, verbunden. Bisher handelt es sich jedoch um reine Absichtserklärungen. Wir rechnen frühestens 2017 mit einer Beteiligung seitens des Bundes.

Aus Gründen der Transparenz und Verlässlichkeit stehen wir für eine kontinuierliche Form der Beteiligung. Nur eine ausgewogene Bezirksumlage sowie eine ausreichende Rücklage verhindern eine drastische Steigerung in den Folgejahren. Wir tragen daher eine Senkung allenfalls um 0,8 Punkte mit.

Aus den vorgenannten Ausführungen ergibt sich, dass wir den Haushalt in den Einzelplänen 3 und die geplante Senkung der Bezirksumlage um einen Punkt nicht mittragen.

Für die Ausschussgemeinschaft GRÜNE/ÖDP
gez. Fraktionsvorsitzende Kirsi Hofmeister-Streit